

FERNER SPRACHEN

SPÖ-Vorsitzender **Alfred Gusenbauer** befürchtet, dass „außer einer Scheinharmonisierung höchstwahrscheinlich nichts übrig bleibt“. Gusenbauer erwartet für die Harmonisierungspläne „ein Begräbnis erster Klasse“.

„Bei den Arbeitern und Angestellten wurde schnell Kassa gemacht“,

jetzt, wo es um die Harmonisierung der Systeme gehe, würden sich täglich neue „Bedenkenträger“ zu Wort melden, die Kompensationen für die Beamten fordern.

Der ÖGB wies am Montag den Vorwurf von VP-Generalsekretär Reinhold Lopatka zurück, im Zuge der Pensionsdebatte mit den Sorgen der Österreicher Politik zu machen. „Die Regierung soll endlich eine Politik machen, die den Menschen Zuversicht gibt, statt sich andauernd darüber zu beklagen, dass die Menschen sich um ihre Zukunft sorgen“, meinte die Leitende Sekretärin des ÖGB, **Roswitha Bachner**.

Für eine Harmonisierung „sowohl gleich als auch sanft“ – mit Beginn im Jahr 2004 und mit 15- bis 25-jährigen Übergangsfristen – hat sich am Montag der So-

zialforscher **Bernd Marin** ausgesprochen. Alle bestehenden, schon erworbenen Ansprüche sollten so übernommen werden, wie sie angefallen seien. Neu erwachsende Ansprüche sollten „nach einem ausgereif-



ten ASVG-System“ bewertet werden. Er ist auch dafür, Beamte dann sofort auf die ASVG-Beitragsgrundlagen umzustellen. Im ASVG-Bereich und bei den Selbstständigen liege die Eigenfinanzierungsquote bei „85 Prozent oder mehr“, so Marin: „Es gibt Handlungsbedarf derzeit ausschließlich im öffentlichen Sektor, wo nämlich der Großteil der öffentlichen Mittel zu zehn Prozent der Pensionen fließt.“

Der Vorsitzende der FSG in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, **Richard Holzer**, hat Berichte als „Falschmeldung“ bezeichnet, wonach der Vorstand die GÖD die Zustimmung ihres Vorsitzenden Fritz Neugebauer zur Pensionsreform am Mittwoch der Vorwoche im Nationalrat zur Kenntnis genommen habe. „Über die Vorgangsweise von Neugebauer ist nicht gesprochen worden.“ (red)

Fotos: APA